

Vorlage Nr. 101.17.1099

Kassel, 26. September 2013

Abmahnung Revisionsamtsmitarbeiterin zurückziehen

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Magistrat, die Abmahnung gegen die Mitarbeiterin des Revisionsamts zurück zu ziehen.

Begründung:

Die inzwischen nicht mehr im aktiven Dienst Beschäftigte hatte die Fraktionen über die Missstände in der Amtsführung der Leiterin des Revisionsamtes informiert. Dies war erst erfolgt, nachdem die Informationen über den Dienstweg zu keiner erkennbaren Abstellung bzw. zeitnahen Prüfung der Vorwürfe geführt hatte.

Diese ehrbare und begrüßenswerte Haltung einer städtischen Bediensteten, erkannte Missstände offen zu legen, um sie abzustellen oder zu verbessern, wird von der Stadtverordnetenversammlung als Unterstützung ihrer eigenen Aufgaben positiv bewertet.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender